

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	13
Einleitung	17
A. Anlass der Untersuchung	17
B. Festlegung des Betrachtungsgegenstandes	20
I. Begriffssfindung	20
1. Semantik	20
2. Implikationen auf Basis der Organisationsstruktur einer Aktiengesellschaft	21
3. Zwischenergebnis	24
4. Weitere Grenzfälle	25
5. Definition	26
II. Existente Ermächtigungsoptionen und Betrachtungsgegenstände	26
1. Ausdrücklich geregelte Ermächtigungsoptionen	27
2. Weitere Ermächtigungsoptionen	31
a. Ermächtigungsoption hinsichtlich der Wiederveräußerung erworbener eigener Aktien	31
b. Ermächtigungsoption hinsichtlich des Erwerbs eigener Kapitalien i.S.d. § 221 AktG?	34
c. Ermächtigungsoption analog § 203 Abs. 2 AktG bei der Ausgabe von Titeln i.S.d. § 221 Abs. 2 AktG	35
1. Kapitel: Der funktionelle und legislatorische Rahmen von Ermächtigungsbeschlüssen	36
A. Grundlegende Erwägungen hinsichtlich der Existenz von Ermächtigungsoptionen	36
I. Die Aktiengesellschaft als notwendiges Element einer modernen Volkswirtschaft	37
II. Implikationen für die Gestaltung des Aktiengesellschaftsrechts	39
1. Trennung der Vermögensmassen	40
2. Keine vollumfängliche Kontrolle durch die wirtschaftlichen Eigentümer	41

3. Implikationen für das Ausmaß der Trennung von Eigentum und Kontrolle?	46
4. Zwischenergebnis	47
III. Rückschluss auf die Notwendigkeit der Existenz von Ermächtigungsoptionen	48
IV. Gleichlauf mit den Gründen für die existenten Ermächtigungsoptionen	53
1. Ermächtigungsoptionen zwecks Steigerung der Flexibilität des Vorstands	54
2. Durch Funktion der zu legitimierende Maßnahme indizierte Ermächtigungsoptionen	60
3. Durch Gesetzesystematik indizierte Ermächtigungsoptionen	64
4. Ermächtigungsoptionen zwecks Flexibilisierung der Kompetenzstruktur als solche	65
V. Zusammenfassende Betrachtung	68
B. Existenz einer „allgemeinen Delegationskompetenz“ seitens der Hauptversammlung?	69
I. Ermächtigungskompetenz bezüglich geschriebener Zuständigkeiten der Hauptversammlung	70
II. Ermächtigungskompetenz bezüglich ungeschriebener Zuständigkeiten der Hauptversammlung	72
1. Kein Ausschluss a priori / Verhältnis zu § 23 Abs. 5 AktG	74
2. Vergleichbarkeit zum geschriebenen Aktienrecht als Maßstab	75
a. Entwicklung eines Vergleichsmaßstabs	77
aa. Notwendigkeit einer Vergleichbarkeit hinsichtlich Intensität und Interessenlage	77
bb. Konkretisierung der Anforderungen an eine hinreichende Vergleichbarkeit hinsichtlich der Intensität	81
cc. Konkretisierung der Anforderungen an eine hinreichende Vergleichbarkeit hinsichtlich der konkreten Interessenlage	82
dd. Zwischenergebnis zur Zulässigkeit einer Delegation ungeschriebener Hauptversammlungszuständigkeiten	86
b. Erwägungen zur Praktikabilität	86
3. Zusammenfassende Betrachtung	88

C. Weitergehende Ordnung von Ermächtigungsoptionen	89
I. „Annex-Ermächtigungen“	90
II. Dispensierende und kompetenzübertragende Ermächtigungsbeschlüsse	93
1. Ansatzpunkt	93
2. Beispielhafte Einordnung der bestehenden Ermächtigungsoptionen	97
a. Kapitalmaßnahmen „im engeren Sinne“	99
b. Ausgabe von Titeln i.S.d. § 221 Abs. 2 AktG und Erwerb eigener Aktien	102
c. Sonderfall: Annex-Ermächtigung nach § 33 Abs. 2 WpÜG	105
III. Differenzierung nach Maßgabe der Existenz alternativer Beschlussoptionen	108
D. Zwischenergebnis	110
 2. Kapitel: Entwicklung allgemeiner Regeln zur Fassung und Wirkung von Ermächtigungsbeschlüssen	111
A. Einheitlich bestimmbarer Mindestanforderungen an die Fassung von Ermächtigungsbeschlüssen?	112
I. Inhaltsbezogene Beschlussanforderungen	113
1. Konkretisierungserfordernisse	113
a. Einheitliche Funktionen von Konkretisierungserfordernissen	116
b. Ableitungen aus den einheitlichen Funktionen	120
aa. Notwendige Tiefe der mandatorischen Konkretisierungen	121
bb. Ergänzende Konkretisierungsanforderungen – insbesondere: Notwendigkeit von Zweckvorgaben?	125
2. Fristsetzungserfordernisse	132
a. Notwendigkeit von Fristvorgaben (nur) im Fall einer gesetzlichen Höchstfrist	132
b. Rückschlüsse für den notwendigen Inhalt einer Fristsetzung	134
II. Beschlussbezogene Anforderungen – gemeinsame Beschlüsse kraft inhaltlicher Konnexität?	136

B. Zur Wirkung von Ermächtigungsbeschlüssen und der positiven Gestaltungsfreiheit der beteiligten Organe	141
I. Wirkung von Ermächtigungsbeschlüssen im organisationsrechtlichen Gefüge der Aktiengesellschaft – Rechtstechnische Einordnung der Entscheidungsbefugnis des Vorstands	142
II. Reichweite der Vorstandsautonomie	144
1. Grenzen der Entscheidungsbefugnis bei der Ausnutzung einer Ermächtigung	145
2. Zwingende Zuordnung der Entscheidungsgewalt in Folge der Ermächtigung?	146
III. Reichweite der positiven Gestaltungsautonomie der Hauptversammlung	150
1. Gestaltungsgrenzen hinsichtlich weitergehender Beschränkungen im Rahmen der Ermächtigung	151
a. Grundsätzliche Zulässigkeit weitergehender Beschränkungen	151
b. Grenzen der Zulässigkeit von Vorgaben bezüglich des Inhalts oder Anlasses einer Ausnutzungsentcheidung	157
aa. Vorgabe einer Ausnutzungspflicht	158
aaa. Erwägungen zur grundsätzlichen Möglichkeit einer solchen Vorgabe	158
(i) Erneutes Rekurrieren auf die Kompetenzlage als maßgebliches Kriterium	160
(ii) Zulässigkeit einer Ausnutzungspflicht nur bei einer originären Entscheidungsbefugnis seitens der Hauptversammlung	163
bbb. Konkrete Gestaltungsformen derartiger Vorgaben	167
(i) Vorgabe im Rahmen der Ermächtigung selbst – faktische Begrenzung auf vorab geregelte situationsbezogene Ausführungspflicht?	168
(ii) Keine Verpflichtung kraft eines nachgelagerten Einzelbeschlusses	171
ccc. Zwischenergebnis	173
ddd. Gestaltungsgrenzen für vergleichbare Vorgaben	173

bb. Vorgabe von Ausübungzeiträumen	174
c. Regelung von Zustimmungsvorbehalten	175
aa. Zustimmungsvorbehalt zu Gunsten des Aufsichtsrats	176
aaa. Kein Rückschluss maiore ad minus	177
bbb. Erneutes Rekurrenzen auf die ursprüngliche Kompetenzverteilung	179
ccc. Zwischenergebnis	183
bb. Zustimmungsvorbehalt zu Gunsten der Hauptversammlung	183
cc. Zustimmungsvorbehalt zu Gunsten von Aktionären oder gesellschaftsexternen Dritten	185
d. Möglichkeit einer nachträglichen Beeinflussung des Ermächtigungsbeschlusses („Entmächtigung“)	186
2. Gestaltungsgrenzen ohne Bezug zu einer (weitergehenden) Beschränkung einer Ermächtigung	188
a. Gestaltungsgrenzen bei der Festsetzung des genauen Fristlaufs	189
b. Gestaltungsgrenzen hinsichtlich der Kombination gleichartiger Beschlüsse	191
C. Fehlerfolgen bei Schaffung und Ausnutzung eines Ermächtigungsbeschlusses	194
I. Fehlerhafte Beschlussfassung der Hauptversammlung	194
1. Folgen bei Missachtung der Mindestanforderungen an die Fassung von Ermächtigungsbeschlüssen	195
a. Keine Auslegung unzureichend gestalteter Beschlüsse	195
b. Mangelnde Angaben als Grund für eine Nichtigkeit nach § 241 Nr. 3 AktG?	197
2. Folgen bei Missachtung der positiven Gestaltungsgrenzen der Ermächtigungsbefugnis	203
3. Folgen einer etwaigen Eintragung – Möglichkeit und Reichweite einer Heilung nach § 242 Abs. 2 AktG	205
II. Fehlerhaftes Vorstandshandeln	209
1. Bemessung der Vertretungsmacht bei fehlener (Grundlagen-) Ermächtigung	211
2. Bemessung der Vertretungsmacht bei Missachtung von Annex-Ermächtigungserfordernissen und beschränkenden Vorgaben	216
a. Situation bei Dispens-Ermächtigungen	217

b. Situation bei kompetenzübertragenden Ermächtigungen	218
aa. Konkretisierung der maßgeblichen Fragestellung – die genaue Wirkungsweise einer Ermächtigung dem Umfang nach	219
bb. Diskussion der Konzeptionen	224
cc. Keine Gegeneinschränkung bei Frist- und Volumenangaben	230
dd. Gegeneinschränkung (nur) durch gesetzliche Höchstgrenzen und Kompetenzlage	233
ee. Zusammenfassende Betrachtung	234
3. Missachtung von Zustimmungsvorbehalten	237
a. Zustimmungsvorbehalte kraft Anordnung der Hauptversammlung	237
b. Gesetzlich bestimmte Zustimmungsvorbehalte des Aufsichtsrats	238
4. Möglichkeit zur Nachholung eines Ermächtigungsbeschlusses	239
D. Zwischenergebnis zum 2. Kapitel	243
Schlussstein: Allgemeine Regeln im Zusammenhang mit der Fassung und Ausnutzung von Ermächtigungsbeschlüssen	244
Literaturverzeichnis	249